



# INFORMATION

Koordination Südliches Afrika e.V.

## Südafrika: Dambruch im ANC

**Am 28. März 2017 ist der beliebte ANC-Veteran Ahmed Mohamed Kathrada verstorben. Kathrada hielt die Werte des alten ANC hoch. Nach seinem Tod mehrten sich die Stimmen, die den Rücktritt von Südafrikas Staatspräsident Jacob Zuma fordern.**

Als habe der Tod von Ahmed Mohamed Kathrada wie ein Katalysator gewirkt. Seitdem bekämpfen die ANC-Fraktionen einander offen. Zuma hat seine Regierung massiv umgestaltet, ohne Beratung mit der Führung des ANC, der kommunistischen Partei SACP und des Gewerkschaftsbundes Cosatu. Diese Regierungsallianz hat ihre politische Kontrolle über Zuma offensichtlich verloren. Strategische Ministerien wie Finanzen, Energie, Transport, Polizei und Sicherheit sind in der Hand von treuen Kunden der sogenannten Gupta-Kneipe im Saxonwold. Sowohl die SACP und Cosatu als auch die Veteranen der Ethik-Kommission des ANC haben Präsident Zuma öffentlich zum Rücktritt aufgefordert.

### Schrott-Status und Demos

Die Ratingagenturen Standard & Poor und Fitch haben auf die Regierungsumbildung reagiert, indem sie Südafrikas ausländische Staatsanleihen auf Schrott-Status herabsetzten. Die Randwährung hat gegenüber dem US-Dollar um bis zu 11 Prozent an Wert eingebüßt. Die lokalen Banken verloren rund 80 Mrd. Rand bzw. etwa 11 Prozent ihres Aktienwertes. Weitere Verluste bis zu 150 Mrd. Rand könnten der Börse in Johannesburg entstehen, wenn ausländische Kapitalanleger ihre Investitionen in Südafrika eiligst verramschen.

Am 8. April haben sich 60.000 Menschen in Kapstadt und jeweils ca. 20.000 in Pretoria, Johannesburg, Durban und Port Elizabeth mit der Forderung nach Zumas Rücktritt an umfassenden regierungskritischen Protesten beteiligt. Von einer „gemieteten Protestgruppe“, wie Zuma-Anhänger sie denunzierten, kann bei den Massen keine Rede sein. Am 12. und 27. April folgten weitere Großdemos der Oppositionsparteien vor dem Amtssitz des Präsidenten in Pretoria sowie in Soweto. Dennoch: Demonstrationen allein stürzen keinen Präsidenten.

### DA stellt Vertrauensfrage

Die Democratic Alliance will – einmal mehr – die Vertrauensfrage im Parlament stellen, um Zuma als Präsident



abzusetzen. Die ANC-Führung hat ihre Abgeordneten aufgefordert, dies abzulehnen. Gleichzeitig stemmt sie sich gegen eine geheime Wahl im Parlament. ANC-Mitglieder, die sich gegen ihre Partei und offen für die Absetzung Zumas entscheiden, müssen mit einem Disziplinarverfahren und einem Rauswurf aus dem Parlament rechnen. Aus diesem Grund hat die United Democratic Movement (UDM) unter Bantu Holomisa einen Antrag

beim Verfassungsgericht auf geheime Abstimmung gestellt. Nur so könne der Misstrauensantrag seine Funktion erfüllen und eine Abstimmung ohne Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen erlauben. Der UDM-Antrag wird gegenwärtig im Verfassungsgericht verhandelt. Es ist dennoch sehr fraglich, ob im Falle einer geheimen Wahl ein Abgeordneter der Regierungspartei den Misstrauensantrag der Opposition unterstützen würde. Die Erfahrung lehrt, dass in Südafrika die Unterordnung unter die Parteidisziplin wichtiger genommen wird als die Stimme der Vernunft oder des Gewissens. Immerhin hat die UDM damit die Hoffnung auf eine dem Gewissen verpflichtete Abstimmung beim Misstrauensantrag erheblich gestärkt.

Zuma könnte auch nach erfolgreicher Verurteilung wegen mehrerer Amtsvergehen zum Rücktritt gezwungen sein. Neben der Wiederaufnahme der acht Jahre auf Eis gelegten Korruptionsklage um den früheren Waffendeal wird gegenwärtig auch die Klage des ehemaligen obersten Staatsanwalts Mxolisi Nxasana verhandelt. Er musste 2015 gegen seinen Willen sein Amt verlassen, obwohl Zuma eidesstattlich aussagte, er habe dies freiwillig und auf eigenen Beschluss getan. Nxasana hat Zuma wegen Meineids verklagt. Sollte Zuma deswegen verurteilt werden, drohen ihm nicht nur 15 Jahre Gefängnis, sondern auch die Streichung seiner Rente nach einem Amtsenthebungsverfahren durch das Parlament.

Gottfried Wellmer

gekürzt aus *africa süd* Nr. 3/2017



## SÜDAFRIKA: BAYER-MONSANTO

### Bedrohung der südafrikanischen Ernährungssicherheit: Die Bayer-Monsanto-Fusion

**Im Dezember 2016 akzeptierte Monsanto ein Angebot des deutschen Chemieriesen Bayer für einen Zusammenschluss. Damit schließt sich eine der größten agrarchemischen Firmen mit dem weltgrößten Saatgutunternehmen zusammen.**

Hiesige Diskussionen über die Auswirkungen orientierten sich überwiegend auf Europa. Dass jedoch der globale Agrarmarkt von wenigen Firmen beherrscht wird, ist nicht neu und wurde aktuell in dem Konzernatlas 2017 eindrucksvoll gezeigt. Daher sind die Auswirkungen zweier Unternehmen des Nordens auch in Südafrika zu spüren.

Sowohl Bayer als auch Monsanto sind seit vielen Jahren in Südafrika aktiv. Eine aktuelle Studie des African Centre for Biodiversity (ACB) hat daher die potenziellen Auswirkungen auf den südafrikanischen Agrarsektor untersucht. Die Analyse benennt drei besondere Aspekte, die sich aufgrund der Marktkonzentration ergeben: Erstens ansteigende Preise für Saatgut; zweitens eine geringere Auswahl an Saatgut, wenn sich das Angebot zunehmend nur an Profitraten orientiert; und daraus abgeleitet drittens weniger Forschung und Entwicklung lokal angepasster Varietäten. Gesellschaftliche Auswirkungen wären weiter ansteigende Lebensmittelpreise mit sich verschlechternder Ernährungssicherheit. Die Produzenten wälzen höhere Saatgut- und Inputpreise auf Nahrungsmittel auf die Konsumenten ab. In Anbetracht der andauernden Armut, in der die ärmsten 30 Prozent mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben, bedeutet das eine weitere Belastung. Daneben besteht die Gefahr, dass sich der Niedriglohnsektor in der Landwirtschaft weiter ausweitet, um Kosten zu senken. Obwohl Südafrika bereits weltweit neuntgrößter Produzent gentechnisch veränderter Sorten ist, propagieren

sowohl Bayer als auch Monsanto seit Jahren einen verstärkte Nutzung gentechnisch veränderten Saatguts. Eine Fusion könnte den Einsatz dieser Sorten weiter forcieren. Das ACB setzt als Gegenstrategie zum einen auf gesetzliche Veränderungen, um die Saatgutgesetzgebung für Kleinbauern und -bäuerinnen vorteilhafter zu machen. Dazu fordern sie ein ent-



**Bild: netzfrauen.org**

sprechendes Plant Breeders Right, um Zucht und Tausch von Saatgut zu vereinfachen. Zum anderen hat das Zentrum für Biodiversität speziell zur Fusion eine Eingabe an die südafrikanische Wettbewerbsbehörde eingereicht. Es sieht durch den Zusammenschluss öffentliches Wohl gefährdet und durch die Monopolisierung jegliche Form möglicher Alternativen eingeschränkt.

Bereits jetzt unterliegen 70 Prozent der acht häufigsten angebauten Varietäten in Südafrika unter der Kontrolle eines Oligopols aus vier Firmen. Dem ACB geht es nicht nur um den aktuellen Fall, Ziel ist, die Dominanz multinationaler Unternehmen im südafrikanischen Agrarsektor aufzubrechen.

*Andreas Bohne, KOSA-Beirat*

*Der Report von ACB (2017): "The BAYER-MONSANTO merger: Implications for South Africa's agricultural future and its smallholder farmers" kann auf [www.acbio.org.za](http://www.acbio.org.za) heruntergeladen werden.*

*Der „Konzernatlas 2017 - Über die weltweiten Geschäfte mit unserem Essen“ kann unter <https://monde-diplomatique.de/konzernatlas> heruntergeladen werden.*

#### **Pfadfinder aus dem Süden findet seinen Weg im Norden**

BJ oder Bongani Justice Makhubena, Süd-Nord-Freiwilliger aus Südafrika, arbeitet seit einem Jahr im Café-Laden im Welthaus Bielefeld. Er ist auch für die KOSA und den Bildungsbereich im Welthaus tätig. BJ stammt aus dem Township Kamhlushwana in der Provinz Mpumalanga im Nordosten Südafrikas - 40 km von Provinzhauptstadt Nelspruit entfernt. Er hat dort in der Zivilgesellschaft und seit 2005 bei den Scouts gearbeitet. Laut BJ gibt es 299.000 dieser südafrikanischen Pfadfinder. Engagiert war er bei Jugendprojekten und Programmen der kommunalen Entwicklung und hat sich für Umweltbildung, Überlebenstraining, Charakterbildung und Sport eingesetzt. BJ hat Abitur in Südafrika gemacht und anschließend Projektmanagement studiert. Deutsche Partnerorganisation der Scouts ist die DPSG (Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg.). Das motivierte BJ, nach Deutschland zu kommen und intensiv Deutsch zu lernen. Die deutsche Mentalität, die Einstellung zur Arbeit, all das begreift er als interkulturelles Lernen. Es macht ihm Spaß, seine eigenen Erfahrungen im Café, in Schulklassen und Jugendgruppen zu vermitteln. So hat er manche am Modellschulprojekt beteiligte Schule kennengelernt und kam über die KOSA auch bundesweit zum Einsatz. Für das Thema Umweltbildung kann man ihn noch bis August engagieren. Besonders eingepreßt hat sich seine musikalisch-theatralische Darbietung bei diversen Musik- und Kulturevents. Kann man dies Talent noch fördern? Diese Anmerkung stammt von seinem Büro-nachbarn Christoph B aus BI.

# Die EKD, der koloniale Südwesten und noch kein Ende der Aufarbeitung in Sicht

## Zur EKD-Erklärung "Vergib uns unsere Schuld"

Es scheint nicht so einfach mit der Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte. Mittlerweile tut sich aber politisch einiges, und nach diversen Erklärungen verschiedener, besonders kirchenhistorisch engagierter Kreise deutet sich Neues an. Hier auf den Disput zu verweisen, könnte aktuell einiges in Bewegung setzen, was die Einlösung kolonialer Vermächtnisse, die Aufarbeitung der Geschichte und evtl. eine endgültigen Entschädigungslösung betrifft. Darf man hoffen, dass die deutsche Bewältigung der Kolonialgeschichte weiter greift als die der kolonialen Supermächte Frankreich und Großbritannien? Das wäre doch mal was.

Der Hintergrund: Auf die Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 folgte von 1884 bis 1915 die Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Nach der Schlacht am Waterberg 1904 und im folgenden Kolonialkrieg manifestierte sich der erste Völkermord im deutschen Kolonialgebiet, betroffen waren vor allem die Herero und Nama mit mehreren 10.000 Opfern.

Es dauerte über hundert Jahre, bis sich die Erklärungen zum Thema Völkermord häuften und Bewegung in die Geschichte kam. Was fehlte, war eine offizielle Entschuldigung oder gar völkerrechtliche Übernahme der Verantwortung, von einer Entschädigung für die Opfer und deren Nachkommen in Namibia ganz zu schweigen. Einige eher subjektive Stellungnahmen kamen von der ehemaligen Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul und von einzelnen Stimmen aus den Kirchen.

### **EKD-Erklärung zur Mitschuld**

Die EKD leitete 2007 einen zweiteiligen Studienprozess ein, der sich der Verantwortung der Evangelischen Kirche stellen sollte. Er schloss 2015

mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Rolle der Kirche und Missionswerke in Deutschland und Namibia ab.

Nun erfolgte – quasi brandaktuell – im Vorfeld der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB), der vom 10.-16. Mai in Namibias Hauptstadt Windhoek stattfindet, eine EKD-Erklärung vom 24. April 2017: „Vergib uns unsere Schuld“. Darin bittet die EKD die Nachfahren des Völkermords im früheren Deutsch-Südwestafrika um Vergebung. Der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA) reagierte darauf mit einer Stellungnahme am 2. Mai 2017.

In der Erklärung bekennt sich die EKD, als „Nachfolgeinstitution des einstigen Evangelischen Preußischen Oberkirchenrats ... ausdrücklich gegenüber dem gesamten namibischen Volk und vor Gott zu dieser Schuld“. Unter dem Bibelwort (Matthäus 6, 12) „vergib uns unsere Schuld“ bittet die EKD „alle Nachfahren der Opfer und alle, deren Vorfahren unter der Ausübung der deutschen Kolonialherrschaft gelitten haben, wegen des verübten Unrechts und zugefügten Leids aus tiefstem Herzen um Vergebung.“ Sie spricht weiter von Kriegshandlungen und Konzentrationslagern und sagt, "dies ist eine große Schuld und durch nichts zu entschuldigen“.

Ausdrücklich erwähnte die Auslandsbischöfin Petra Bosse-Huber, die Erklärung könne das erlittene Unrecht keineswegs ungeschehen machen, vielmehr sei es eine bleibende historische und ethische Verpflichtung der EKD, das Gedenken wachzuhalten und an das Unrecht zu erinnern. „Dazu brauchen wir den Geist der Versöhnung!“ Die EKD bietet ihre Zusammenarbeit in der Begleitung des Heilungsprozesses, ihre Mitwirkung an einem öffentlichen Akt zur Anerkennung des Genozids und an einer Weiterent-

wicklung des Projekts eines namibisch-deutschen Instituts für Versöhnung und Entwicklung an.

### **MAKSA-Kritik**

Die MAKSA-Kritik erneuert diverse eigene Stellungnahmen und solcher der Solidarischen Kirche im Rheinland. Sie würdigt das Schuldeingeständnis ausdrücklich, bezweifelt aber die angeblich vorhandenen kritischen Stimmen aus jener Zeit und bemängelt die Nichterwähnung der schuldhaften Rolle der deutschen Siedler, der Kolonialtruppen und deren Befehlshaber. Besonders kritisiert wird die heute noch bestehende Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia (DELK). Bis heute habe die DELK kein Schuldbekennnis geliefert, sei aber nach wie vor Partnerkirche der EKD. MAKSA bemängelt das fehlende Schuldeingeständnis auch in den Endformulierungen der EKD, die nach 1971 erschienen sind. Der inflationär gebrauchte Begriff der Versöhnung (statt Schuld) ersetze leider die entscheidenden Fragen der Wiedergutmachung, von Reparationen und ungerechter Landverteilung – aktuell eines der Knackpunkte der laufenden bilateralen Verhandlungsrunde zwischen Regierungsvertretern Namibias und Deutschlands. Gewissermaßen als abschließendes Vermächtnis setzt MAKSA seinen schon 1971 aufgestellten Wunsch nach Beendigung der gegenseitigen Abhängigkeit von DELK und EKD an den Schluss seiner Stellungnahme. Es bleibt zu hoffen, dass den klärenden Schlussakkord sowohl die Kirchen als auch die Politiker in naher Zeit bewältigt bekommen, ansonsten dürfte selbst das Jubiläumsjahr der Reformation ungenutzt verstreichen.

*Christoph Beninde*

### Bewegender Stillstand

Es bewegt sich, aber dann doch wieder nicht. Noch immer fehlen entscheidende Schritte der deutschen Regierung für eine offizielle Bitte um Entschuldigung für den Völkermord an den OvaHerero und Nama. Trotz Einsetzung des Sonderbeauftragten Polenz und mehrerer Treffen, stagniert der Fortschritt auf der politischen Bühne. Daher erscheint es kaum verwunderlich, dass Opferverbände weiterhin versuchen, ebenfalls Druck aufzubauen. Mitte März 2017 fand eine erste Anhörung vor einem US-Gericht statt, um eine Beteiligung der Gruppen an den Regierungsverhandlungen einzuklagen. Im Juli wird sich das Gericht erneut mit der Klage befassen. Währenddessen hat sich auch die namibische Regierung geäußert und lässt rechtliche Schritte prüfen, will jedoch an den diplomatischen Verhandlungen festhalten.

*Andreas Bohne*

Weitere Informationen unter [www.genocide-namibia.net](http://www.genocide-namibia.net).

Das aktuelle Buch „Völkermord - und was dann?“ von Reinhart Köbler und Henning Melber, erschienen bei Brandes & Apsel, gibt einen Überblick über die (fehlende) Aufarbeitung.

### Südafrika-Reise von KOSA

Viel haben wir gesehen! Vom 10. bis 24. März 2017 waren Vorstandsmitglied Karin Saarmann und Geschäftsführerin Laura Wunder in KOSA-Angelegenheiten in Südafrika unterwegs. In Johannesburg und Mpumalanga besuchten wir Kooperationspartner, Kohle-Aktivistinnen und -Aktivisten und zum ersten Mal auch Schulen. Mit eigenen Augen konnten wir die Auswirkungen des massiven Bergbaus in eMalaheni – der Stadt der Kohle – sehen, selbst in die Schächte steigen und uns mit den Menschen vor Ort unterhalten.

Doch unser Fokus galt vor allem der jungen Generation. Mit insgesamt sieben Schulen sprachen wir über das Potenzial von Schulpartnerschaften zwischen Südafrika und Deutschland.

### Besuch aus Nkululeko in Bielefeld

Vier Jungen und sechs Mädchen aus der Nkululeko High School in Simbabwe kommen im Mai zusammen mit zwei Lehrkräften und dem Schulleiter David Mangena an die Martin-Niemöller-Gesamtschule in Bielefeld.

Die Jugendlichen werden gemeinsam mit Schülerinnen aus DG-Kursen in Jahrgang 8 ein Theaterprojekt inszenieren, wofür sie schon länger intensiv proben. Die selbstgeschriebenen Texte werden u.a. am 31. Mai in Bielefeld zur Aufführung kommen. Arbeitstitel "Smartphone - globalisiert".

*Hedi Hesse, Zimbabwe AG Martin-Niemöller-Schule Bielefeld*

Mehr unter: <http://www.youngagement-zimbabwe.de/>



Unser Angebot, Partnerschulen in NRW zu suchen, stieß durchweg auf großes Interesse bis hin zu Begeisterung. KOSA möchte auf diesem Wege in den nächsten zwei Jahren die Schulpartnerschaftsarbeit ausweiten. Der erste Schritt dazu ist bereits gemacht.

*Laura Wunder*

### Seminare:

#### Rohstoffe und Energie in Südafrika: Probleme, Alternativen und die Rolle Deutschlands

9.-10. Juni 2017, CJD Bonn, Graurheindorfer 149

Veranstalter: KASA, KOSA, Brot für die Welt, Misereor, MÖWe, Südafrika Forum

Auf der Tagung berichten Expert/innen südafrikanischer und deutscher Nichtregierungsorganisationen und sozialer Bewegungen anhand konkreter Fälle über ökologische und menschenrechtliche Probleme im südafrikanischen Rohstoff- und Energiesektor und analysieren, inwiefern Unternehmen und Regierungen ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen eingehalten oder diese verletzt haben.

Anmeldung: [laura.wunder@kosa.org](mailto:laura.wunder@kosa.org)

#### Natürliche Ressourcen im Südlichen Afrika

16.-18. Juni 2017, Akademie Frankenwarte Würzburg

Seminar der Initiative Südliches Afrika (Inisa) in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Politische Bildung.

#### Studien- und Begegnungsreise in die Kapprovinz Südafrikas

Die KASA bietet in Zusammenarbeit mit der ReiseMission Leipzig vom 5.10. - 7.11.2017 eine Studien- und Begegnungsreise in die Kapprovinz Südafrikas an.

Anmeldung bis 25.07.2017 bei KASA

#### Impressum / Herausgeber

Koordination Südliches Afrika  
KOSA e.V.  
August-Bebel-Str. 62  
D-33602 Bielefeld  
Tel.: 0521-98648-51  
Fax: 0521-63789  
[kosa@kosa.org](mailto:kosa@kosa.org) / [www.kosa.org](http://www.kosa.org)

#### Konto GLS-Bank

IBAN DE90 4306 0967 4025 9324 00  
BIC GENODEM1GLF

#### V.i.S.d.P., Redaktion, Layout

Lothar Berger  
Koordination:  
Christoph Beninde

#### Redaktionsschluss:

14.05.2017

#### Druck:

KDR, Bielefeld